

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

Das Staatsministerium hat einverständlich mit den anderen beteiligten Ministerien die von mehreren Bürgern aus Freudenthal beabsichtigte Gründung einer Aktiengesellschaft für die Errichtung und den Betrieb einer mechanischen Flachsgarnspinnerei in Freudenthal bewilligt und deren Statuten genehmigt.

Das Staatsministerium hat einverständlich mit den anderen beteiligten Ministerien den Grundbesitzern und Handelsleuten in Ragusa Pasquale Costa, Luigi Serragli und Antonio Dobraz die Errichtung einer Aktiengesellschaft zum Ankauf von Schlachtvieh und zur Fleischauschrottung (Società commerciale di carni) in Ragusa bewilligt und deren Statuten genehmigt.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Ministerien den Schiffseigenthümern Dr. Johann Ivanissevich, Anton Vieslich und Natale Morena zu Drebič, Bezirk Sabioncello in Dalmatien, die Errichtung einer Schiffbau-gesellschaft auf Aktien bewilligt und deren Statuten genehmigt.

Am 8. Juni 1865 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das IX. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter
Nr. 29 die Verordnung des Kriegsministeriums und des Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft vom 28. April 1865, betreffend die bei den k. k. Militärhengstdepots vom Jahre 1866 angefangen alljährlich vorzunehmende kommissionelle Untersuchung der ärarischen Beschäftigten vor deren Abmarsch in die betreffenden Beschäftigungen; — wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien mit Kralau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, die Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Görz und

Gradiška, Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete;

Nr. 30 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 30. Mai 1865 über die Aufhebung des Neben-zollamtes 2. Klasse Goldenhöhe in Böhmen;

Nr. 31 den Erlaß des Finanzministeriums vom 3. Juni 1865, über die Aufhebung der bisherigen Verbote der Aus- und Durchfuhr von Waffen und Waffenbestandtheilen, dann von Munition und Munitionsgegenständen über die Grenzen gegen Frankreich, Italien, die Schweiz und die See, dann gegen die Moldau, Wallachei, Serbien und Bosnien; — wirksam für das ganze Reich.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 9. Juni.

Während die begeisterten Clenrufe von jenseits der Leitha herüberklangen, hat der Herr Finanzminister v. Plener dem Abgeordnetenhaus in Wien eine Mittheilung gemacht, deren Wirkung, wie er selbst sagte, eine „niederschlagende“ sein muß. Vielleicht benutzte Herr v. Plener die durch die Pester Ereignisse hervorgerufene Freitagstimmung, um seiner Mittheilung etwas ihrer Schärfe zu benehmen; allein täuschen wird sich Niemand lassen, unsere Finanzen stehen schlecht, sie könnten kaum schlechter stehen. Das gesteht selbst der „Botschafter“, indem er sagt, der Eindruck, den die offen dargelegte Finanzlage hervorbringen muß, werde ein erster sein; er setzt aber sogleich hinzu, daß ein genaues Eingehen in die einzelnen Posten doch den Beweis liefere, daß keine Veranlassung zur Beunruhigung geboten sei.

Fassen wir die Resultate der von dem Herrn Finanzminister erhaltenen finanziellen Auseinandersetzung in runden Ziffern zusammen, so ergibt sich für die beiden Jahre 1865 und 1866 ein mögliches oder eventuelles Kreditbedürfnis von 116 Millionen, von welcher Summe der Annahme des Finanzministers

nach nahezu 53 Millionen sich unter allen Umständen als nothwendig erweisen dürften, während 63 Millionen nur nach Maßgabe, als das im Zuge befindliche Domänengeschäft die Inanspruchnahme des allgemeinen Staatskredits erheischen würde, in eine von der Domänenverwaltung unabhängige Kreditoperation einbezogen werden müßten. Die Summe von 116 Millionen erscheint höher, als man sie voraussehen pflegte. Fragen wir nach der Ursache der größeren Höhe des Kreditbedürfnisses, so erblicken wir sie ausschließlich in den über alles Erwarten ungünstigen Resultaten der Gebahrung des 3. 1864 und beziehungsweise der 14monatlichen Verwaltungsperiode 1863/64. In dieser Periode blieben die Einnahmen gegen das im Finanzgeetze festgestellte Präliminare um 33⁷/₁₀ Millionen zurück, wobei sich allerdings auch die Ausgaben im Ganzen um 8¹/₂ Millionen niedriger stellten. Zieht man jedoch in Rechnung, daß nahezu 14 Millionen der Mindereinnahme auf den nicht bewerkstelligten Verkauf der Staatsgüter entfielen, daß aber auch in Folge dessen die präliminirten Abzahlungen an die Bank im Betrage von 16 Millionen nicht effectuirt werden konnten, so erhalten wir das zur Beurtheilung der Finanzlage maßgebendere Resultat, daß die Mindereinnahmen aus direkten und indirekten Steuern nahezu 20 Millionen und zugleich die Ausgaben ein eigentliches Plus von 7¹/₂ Millionen aufweisen. Dieses Minus und Plus zusammen genommen gibt für 1864 ein undvorhergesehenes Defizit von circa 27¹/₂ Millionen. In diesem Superdefizit, für welches in dem Finanzgeetze pro 1864 keine Vorfrage getroffen war, liegt die alleinige Ursache, daß jetzt das Kreditbedürfnis eine so hohe Summe erreicht.

Zu den mehr zufälligen Ursachen an der Verschlechterung der Finanzen werden ferner gezählt: der Mißwachs im Jahre 1863, welcher die Steuerkraft lähmte, der amerikanische Krieg, welcher in der Industrie Krisen hervorrief, der schleswig-holstein'sche Krieg, welcher Mehrauslagen erforderte u. Bezüglich dieser zufälligen Ursachen kann man die Finanzverwaltung nicht verantwortlich machen.

Feuilleton.

Laibacher Wandereien.

(Berregnete Pfingsten — Wer schuld daran ist — Der Stadtwald — Eine Art Prater — Vor hundert Jahren — Der Magistrat säet Eichen — Der Werth von Eist und Zelt.)

Pfingsten, das liebe Feste ist vorüber; es brachte uns außer den Firmlingen auch den längst ersehnten Regen. Den Vergnügungszüglern und Feiertagsbummlern war das gar nicht recht; allein, den Landwirthen, Gärtnern u. erschien das Fest darum desto lieber. Mit innigem Behagen sahen sie das Naß des Himmels auf Fluren und Wiesen träufeln — leider schon zu spät; höchstens, daß die Heuernte dadurch etwas ergiebiger wird; den Winterfrüchten dürfte es wenig nützen. Indes versicherten uns Landwirthe, es würde die Ernte an Qualität ersehen, was sie an Quantität entbehre; die Körner sollen eine seltene Ausbildung erlangen.

Der Regen wurde diesmal von keinem soireen-veranstaltenden Gartenwirth veranlaßt, sondern ihn führte eine kleine Gesellschaft herbei, deren Bestehen dem großen Publikum keineswegs bekannt sein dürfte, und von welcher es erst durch diese Zeilen Nachricht erhält. Es ist das ein Kreis von etlichen 4—6 jungen Laibacher Herren, die alljährlich zu Pfingsten eine Fußtour nach Innerkrain, nach Birknitz, Luegg, Adelsberg u. unternehmen, und daher den Namen „die Innerkrainer Parthie“ führen. So oft diese nun ihre Pfingstreife antritt, woran sie in den letzten Jahren

einigemal durch Sängersfahrten verhindert war, so regnet es. Sie hat ihren Ruf auch heuer wieder bewährt. Es ist das übrigens das einzig Bemerkenswerthe, was von der „Innerkrainer Parthie“ zu erzählen ist, man müßte denn noch die Beharrlichkeit hervorheben, mit welcher sie trotz des Widerstandes der Elemente, an ihrer Pfingsttour festhält.

Eine ähnliche Beharrlichkeit besitzt ja übrigens auch das große Publikum; es strömt jahraus jahrein den gewohnten Vergnügungsorten zu, es wandelt immer die alten gewohnten Spaziergänge, selten sucht es andere auf, obschon deren so manche vorhanden sind, die einen häufigeren Besuch wohl verdienen. Wir wollen unter Andern heute nur einen Ort erwähnen — den Stadtwald.

Wenn man die heißen staubigen Straßen der Stadt verläßt und in südlicher Richtung jene große, grüne Ebene betritt, welche als „Morast“ bekannt ist, so gelangt man in eine natürliche Parkpartie, die an Schönheit mit dem Prater in Wien verglichen werden kann. Wundervolle Baumgruppen aus Eichen und Erlen umgränzen die prächtigsten grünen Wiesen, zwischen den Bäumen öffnet sich da und dort die herrlichste Durchsicht, durch welche man südlich den Krim und die Mokrizza, westlich die Vermada, den Katharinenberg und darüber bei klarem Wetter die Spitze des Triglav, nördlich die Steiner Alpengruppe durchschimmern sieht. An lauschigen Plätzchen, wo man sich im Grase lagern und still den Gedanken nachhängen kann, ist kein Mangel; kurz der Stadtwald ist einer der schönsten Spaziergänge in Laibach's Umgebung, er ist unser Prater. Er ist das aber erst, seitdem die Kultur des Morastes so weit vorgeschritten

ist. Vor hundert Jahren war er noch in einem Zustande, der den Wasservögeln einladender, als den Menschen erschien. Es liegt uns das Protokoll einer magistratlichen Begehungs-Kommission vom 4. September 1755 vor, in welcher der Stadtwald als eine zum Theil überschwemmte und versandete, zum Theil morastige, mit mehr Strauchwerk, als Erlen und Eichen bewachsene Fläche geschildert wird; nur ein kleiner, ¹/₂ Stunde langer, ¹/₂ Stunde breiter Theil war fruchtbar und mit großen, nugharen Eichen und mittelmaßigen Fichten bepflanzt, jedoch grenzte an diesen wieder ein weiter Platz, wo selbst die Eichen verdorrten, die der Magistrat hier hatte anpflanzen lassen. Wir bewundern die vorsorgliche Thätigkeit des damaligen Magistrates; er ließ Eichen säen — er wollte späteren Generationen einen nutzbringenden Eichenwald schaffen! Wo geschieht das heutzutage? Wo pflanzt und säet man für die Nachkommen? Unsere Zeit ist die Zeit des Egoismus, man sorgt nur für sich und seine — Eitelkeit!

Welchen Werth übrigens damals das ganze, jetzt aus fruchtbaren Aekern und Wiesen bestehende Gebiet hatte, erfahren wir ebenfalls aus dem erwähnten Protokolle der Kommission. Es heißt darin, es sei da kein Nutzen zu erwarten! Das ganze Erträgnis wurde auf 36—46 fl. und der ganze Stadtwald auf 1000 fl. — sage Tausend Gulden geschätzt. Wenn die Schatzmänner auferstehen und den Stadtwald jetzt sehen, sein Erträgnis jetzt hören würden, wie würden sie staunen! Leider werden die schönen Eichengruppen immer mehr gelichtet; aber noch immer ist der Stadtwald des Besuches werth; er ist — der Laibacher Prater.

Was wird das Abgeordnetenhaus nun thun? Trügen nicht alle Zeichen, schreibt die „N. Fr. Pr.“, so scheint für das Haus der Moment gekommen zu sein, in welchem das Wort, welches der Abg. Graf Kinsky in der Adressdebatte gebrauchte, praktische Bedeutung zu erlangen suchen wird: Wir müssen an unsere Bewilligungen die entsprechenden Bedingungen knüpfen!

74. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 8. Juni.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Plener, Hein, Frank, Sektionschef Kalschberg, Ministerialrath Gobbi (Finanzministerium.)

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkäufe ergreift

Staatsminister v. Schmerling das Wort. Der Minister theilt in Folge Allerhöchsten Antrages dem Hause das allerh. Reskript vom 27. Mai d. J. mit, durch welches der kroatische Landtag einberufen wird. (Das Haus hört die Vorlesung desselben stehend an.)

Finanzminister v. Plener: In Folge Allerh. Ermächtigung hat die Regierung Sr. Majestät in der gegenwärtigen Reichsraths-session die Staatsvoranschläge für 2 Jahre, nämlich pro 1865 und 1866 zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt. Nebst den für diesen Vorgang sprechenden Gründen der Utilität einer rechtzeitigen Behandlung und Zustandebringung des Finanzgesetzes und der ordnungsmäßigen Aufeinanderfolge der Reichsraths- und Landtags-session, sprachen noch wichtige finanzielle Momente dafür, nämlich die Erwägung, daß es nothwendig sei, die Finanzbedürfnisse für die Jahre 1865 und 1866 und deren Bedeckung in einem Gesamtüberblick aufzufassen und in Erörterung zu ziehen. Mit Ende des Jahres 1866 läuft der Termin ab, bis zu welchem die rückzahlbare Bankschuld vollständig berichtigt sein muß, und wo die sonstigen Bedingungen zur Wiederherstellung der Valuta vorbereitet sein müssen. Mit Schluß des Jahres 1866 sinkt das jährliche Erforderniß für die Schuldentilgung von 64 Millionen für die folgenden Jahre auf durchschnittlich 24 Millionen herab; es hören außer dieser Tilgung der Bankschuld noch einige andere spezielle Zahlungsverpflichtungen des Staates von Bedeutung entweder gänzlich auf oder gehen beträchtlich vermindert ihrer bevorstehenden Erlöschung entgegen. Durch die Herstellung der Valuta wird der Konto von mehreren Millionen Münz- und Wechselverlust fast ganz verschwinden und der Militäraufwand im lomb. venet. Königreiche eine bedeutende Erleichterung erfahren. Endlich ist zu hoffen, daß mit dem Beginn des Jahres 1867 durch einen neuen Verwaltungsorganismus die Bedingungen für die Aufstellung eines Normalbudgets geschaffen sein werden. Wenn ich auch von einer selbst theilweisen Wirksamkeit der Steuerreform im Jahre 1867 absehe, so ist schon nach den bisher angeführten Betrachtungen die Ansicht berechtigt, daß die Jahre 1865 und 1866 einen in finanzieller Beziehung unverkennbar wichtigen Zeitabschnitt, den Abschluß der Uebergangsperiode bezeichnen, nach welcher die jetzt eingeleiteten Ersparungen vollständig Wurzel gefaßt haben werden und die Regierung in

der Lage sein wird, ein Staatsbudget zu bringen, in welchem die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben ihren Ausdruck findet. Aber eben deshalb erscheint es auch gerechtfertigt und geboten, daß das außerordentliche Bedürfniß der erwähnten zweijährigen Periode in seiner Gesamtheit erwogen werde und für dessen Bedeckung in einer Art Vorsorge getroffen werde, durch welche die zu beschaffenden Mittel mit einem Male sichergestellt werden können.

Der Zeitpunkt zu einem solchen Vorgehen ist um so mehr eingetreten, als die Verhandlungen zur vollständigen Berichtigung der dem Staate aus dem Uebereinkommen mit der Bank obliegenden Domänenschuld in ein Stadium getreten sind, welches eine verfassungsmäßige Ermächtigung für die Finanzverwaltung bedingt, die in der Bankakte und dem Bankgesetze nicht enthalten ist, und daß andererseits der fortschreitende Verlauf der mit einem Defizit verbundenen Gebahrung des Jahres 1865 in den bereits abgewichenen 5 Monaten, welche die größten Zahlungs-termine enthielten, einer entsprechenden Bedeckung nicht länger mehr entbehren kann. Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn bis zur Zustandebringung der beiden Finanzgesetze mit der genauen Bezifferung der Abgänge hätte gewartet werden können. Die Regierung verkennt nicht die Schwierigkeiten des Verhältnisses, welche darin liegen, vor diesem Zeitpunkte mit Bedeckungsansprüchen vor das Haus zu treten. Es konnte nur in der möglichsten Beschränkung des Anspruches ein Auskunftsmittel in dieser schwierigen Lage gefunden werden. Länger zuzuwarten war aber deshalb gegenwärtig nicht möglich, weil einerseits die gebieterische Nothwendigkeit herantritt, die für die Staatsbedürfnisse erforderlichen Mittel zu schaffen, und weil andererseits auch die für den Abschluß von Finanzgeschäften geeignete Saison bereits rasch ihrem Ende entgegengeht. Diese Betrachtungen waren es, welche die Regierung bestimmten, gegenwärtig ein Gesetz einzubringen, welches die Tilgung der Bankschuld und die Deckung der Staatsausgaben in den Jahren 1865 und 1866 und die hierzu erforderliche Creditbewilligung zum Gegenstande hat. Der Entwurf dieses Gesetzes ist es, welchen ich in Folge A. h. Ermächtigung hiermit zur verfassungsmäßigen Behandlung dem h. Hause überreiche. Der Minister geht hierauf in eine Auseinandersetzung der einzelnen Bestimmungen der Vorlage ein, motivirt jeden einzelnen Artikel und schließt mit dem Ersuchen, den Gegenstand als dringlich zu behandeln. Der Minister beantragt hierauf, die Regierungsvorlage dem Finanzanschlusse pro 1866 zur Vorberathung zuzuweisen.

Der von dem Finanzminister überreichte Gesetzesentwurf lautet:

G e s e t z

betreffend die Tilgung der Bankschuld und die Bedeckung der Staatsverordnungen in den Jahren 1865 und 1866, wirksam für das ganze Reich.

Art. I. Der Finanzminister wird ermächtigt einen Betrag von 11,146,671 fl. im Wege der Benützung des öffentlichen Kredites zu dem Zwecke aufzunehmen, um damit die aus den allgemeinen Staatsfinanzen zur Tilgung der am 14. Februar 1865 fällig gewordenen Rate der Staatsgüterschuld an die Nationalbank geleistete Zahlung zu bedecken.

Art. II. Zu dem Zwecke der rechtzeitigen und vollständigen Tilgung der durch Staatsgüter bedeckten Schuld an die Nationalbank kann außer der im §. 6 des Uebereinkommens vom 3. Jänner 1863 vorausgesehenen Verwerthung der Staatsgüter, auch die Aufnahme von Vorschüssen auf den aus der Veräußerung zu erzielenden Erlös oder eine andere auf die Güter zu begründende Creditoperation im Einverständnisse mit der Bankdirektion stattfinden, jedoch darf der in diesem Wege aufzunehmende Betrag mit Einrechnung des etwa für einzelne verkaufte Güter erzielten Erlöses die Gesamtsumme von 44,995,896 fl. nicht übersteigen.

Art. III. Für den Fall, als der Finanzminister sich nicht in der Lage finden sollte, die rechtzeitige und vollständige Tilgung des im vorstehenden Artikel aufgeführten Betrages entweder durch die im §. 6 des Uebereinkommens vom Jahre 1863 oder durch die im vorstehenden Artikel vorausgesehene Art der Verwerthung der Staatsgüter zu erzielen, wird derselbe ermächtigt, den fehlenden Betrag im anderen Wege mittels Benützung des öffentlichen Kredites zu beschaffen.

Art. IV. Der Finanzminister wird ermächtigt, einen Betrag von 1,484,000 fl., welcher den aus den bisherigen Verkäufen der, der Nationalbank überwiesenen Staatsgüter herrührenden, jedoch nach dem 1. Jänner 1867 zahlbaren Kaufschillingen gleich kommt und gemäß §. 6 des Uebereinkommens vom Jahre 1863 von der Staatsverwaltung bis Ende Dezember 1866 an die Nationalbank zu bezahlen ist, im Wege des Kredites zu beschaffen.

Art. V. Der Finanzminister wird zur Deckung der Staatsbedürfnisse in den Jahren 1865 und 1866 ermächtigt, die in den Staatsvoranschlägen für diese Jahre aufgeführten Staatsdomänen, Forste und Montanentitäten zu veräußern und für den Fall, als die allso gleiche Veräußerung eines Theiles oder sämmtlicher dieser Realitäten ohne Nachtheil für den Staat nicht durchführbar wäre, Vorschüsse auf den seinerzeit zu erzielenden Erlös aufzunehmen oder eine andere auf diese Realitäten zu gründende Creditoperation zu unternehmen, jedoch darf der in diesem Wege aufzunehmende Betrag mit Einrechnung des etwa für einzelne verkaufte Güter erzielten Erlöses die Gesamtsumme von 18,000,000 fl. nicht übersteigen.

Art. VI. Sollte der Finanzminister sich nicht in der Lage finden, den im vorstehenden Artikel angeführten Betrag durch die darin bezeichnete Verwerthung der Güter vollständig zu erzielen, so wird derselbe ermächtigt, den fehlenden Betrag in anderem Wege mittelst Benützung des öffentlichen Kredites zu beschaffen.

Art. VII. Zur Bewirkung der durch den Art. IV. des Gesetzes vom 17. November 1863 (N.-G.-B. 98) angeordneten Verminderung der Partialhypothekaranweisungen auf die Gesamtsumme von 80 Millionen, welche im Jahre 1864 nur mit einem Betrag von 3,139,990 fl. stattgefunden hat, wird der Finanzminister ermächtigt, einen Betrag von 16,860,010 fl. im Wege des Kredites zu beschaffen.

Art. VIII. Die Bestimmungen des Art. V des Gesetzes vom 17. November 1863 in Betreff der Aufrechterhaltung des Cassenbestandes im Betrage von 25 Millionen und der ausnahmsweisen Hinausgabe der Partialhypothekaranweisungen im Betrage von 20 Millionen, werden auf die Jahre 1865 und 1866 mit

Zur Kaiserreise nach Pest.

Pest, 6. Juni.

Die Sonne warf blendend helle, glänzende Streifen auf den Spiegel der Donau, als wir auf den Donau-Dampfern zur Regatta auszogen. Unabsehbare Menschenmassen hatten die Ufer des Stromes besetzt, die Höhen der Ofener Bergstraßen, die Quais des Pesther Ufers übermugte eine dichtgedrängte dunkle Menge, bis auf die Dächer der Häuser hinauf hatte sich die neugierige Schaulust verfliegen, das Schauspiel selbst vermochte freilich das Interesse, das das Publikum bot, nur wenig zu überwiegen. Bunte Schiffe glitten allerdings in hinlänglicher Anzahl und munter genug den Strom hinauf und hinab, und vor Allem boten die zahlreichen Dampfschiffe, vollauf beslaggt und bewimpelt, das glänzendste und eleganteste Publikum an Bord unter den fröhlichen Klängen der Militärmusikkapellen ihre Stellung einnehmend, das anmuthigste und reizendste Bild. Aber sei es nun, daß diese Sorte Sport noch nicht das ihr gebührende Bürgerrecht in unserem sozialen Leben einnimmt, sei es, daß das Comité durch ein nicht ganz fehlerfreies Arrangement, das namentlich in der Raschheit der Exekutive manches zu wünschen übrig ließ, einiges verschuldet hatte, die Theilnahme des Publikums war im Ganzen nicht allzu lebhaft angeregt. Das hervorragendste Interesse konzentrierte sich auf das Kaiserschiff, in welchem Sr. Majestät in einer lichtroth drapirten, mit dem kaiserlichen Adler gezierten Loge Platz genommen hatten. Tausendstimmige Ejusrufe waren mit immer erneuter Kraft erschallt, als Allerhöchstdieselben auf dem Dampfer „Erzherzog

Rudolph“ das Ufer von Ofen verlassen hatten, um sich auf das eben bezeichnete Schiff zu begeben. Unmittelbar unter der Loge, in welcher sich neben Sr. Majestät auch Baron Wentheim, der Präsident des Rudervereins, befand, nur durch einen Abstand von wenigen Klaftern getrennt, lag ein Boot mit einer Tribüne, auf welchem die Ordner Stephan Birly, Graf Eugen Széchenyi und der Starter Ludwig Semsch, ferner die Preisrichter Graf Georg Károlyi, Graf Georg Almásy und Graf Johann Mikos ihre Plätze eingenommen hatten.

Die Einzelheiten des Wettkampfes werden Sie mir billig ersparen. Wenn auch zuweilen die Orthographie durch den guten Willen entschuldigt wird, der Bildungsmangel in Bezug auf sportgerechte Ausdrucksweise wird es schwerlich. Ich erwähne Ihnen nur, daß die Vertreter der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft einen glänzenden Doppelsieg errangen. Im ersten Gang (großer Vereinspreis, 100 Dukaten) schlug „Koh-i-noor“, Steuermann: Kapitän Cavaliero, die Ruderer vier Dampfschiffahrtskapitäne (Flagge weiß-blau; Anzug blau, weiße Mütze), die „Diana“, Steuermann: Graf Eduard Teleki, Ruderer Graf Aurel Dessenöf, Graf Zdenko Kinsky, Graf Friedrich Wentheim, Graf Alexander Zichy, und die „Etelka“, Steuermann: Stephan Birly, um ein namhaftes, im vierten (50 Dukaten) siegte „Honi“, Steuermann: Kapitän Kannitz, gegen „Széchenyi“, Steuermann: Ferd. Mitterdorfer. Den Széchenyi-Waldstein-Preis trug Herr Peter Petrics mit „Diana“ gegen die „Marietta“ des Herrn v. Kállay davon. Einen besonders zierlichen Anblick boten die Sandolinwettfahrer, Ruderer auf Booten, die das besondere

Verdienst haben, sehr leicht umzukippen und daher dem Leiter des Bootes außer der ungewöhnlichen Kraftanstrengung auch noch die Verpflichtung auferlegen, in der persönlichen Gefahr, die er läuft, ein Vergnügen zu finden. Das Boot wird mit einem Ruder, das abwechselnd nach der einen und der anderen Seite hin eingetaucht wird, und nur von einer Person geführt.

Dem Laien bot unstreitig das Müller- und Fischerrennen das größte Vergnügen. Es entspricht dem Trabwettfahren unserer Rennen, dem Bauernrennen bei dem Münchner Oktoberfeste. Etwa 12 bis 14 Flachboote gewöhnlicher Flußkonstruktion, bemannt mit stämmigen kräftigen Gestalten, deren Kleidung von primitivster Einfachheit und nicht in das Förmliche der eigentlichen Kunstschiffer nach englischem Muster verzierlicht war, überboten sich in rasendster, sehr un-eleganter Eile, um von der Margarethen-Insel nach dem Ziele zu gelangen. So sehr waltete der blinde Eifer vor, daß gerade die tüchtigsten Ruderer aus der von unseren Dampfern gebildeten Bahn gerieten und den letzten Dampfer umfahrend von der Gegenseite her stromaufwärts das Ziel erreichten, während ein langsameres Boot, das sich an die formalen Satzungen hielt und unbeirrt seinen Weg fortsetzte, mit dem Preise gekrönt wurde. Mit dieser Wettfahrt hatte das immerhin anziehende und erheitende Schauspiel sein fröhliches Ende.

Sr. Majestät der Kaiser geruhten während der ganzen Dauer derselben in Allerhöchsthöherer Loge zu verweilen und den Siegern, welche an der Loge vorüberziehend ihre Ruder zu ehrfurchtsvollem Grusse erhoben, huldvollst zu danken. Nach Beendigung der Re-

dem Beifügen ausgedehnt, daß der erwähnte Kassa- bestand bei der Staatszentral-Kasse aufrecht zu erhalten ist.

Art. IX. Die schleswig-holstein'sche Kriegskosten- entschädigung wird bei ihrem Einfließen zur Vermin- derung der in jenem Zeitpunkte im Umlaufe befind- lichen Hypothekendarlehen innerhalb des im Art. VII bezeichneten Betrages von 16,860.010 fl. zu verwen- den sein.

Art. X. Der dermalige noch im Umlaufe be- findliche Rest der auf Grund der Verordnung vom 17. November 1860 (R.-G.-Bl. 256) hinausgegebenen zwölf Millionen Münzscheine ist gänzlich einzuziehen. Mit Rücksicht auf die zu diesem Zwecke im Gesetze vom 17. November 1863 erteilte Kreditbewilligung von acht Millionen wird der Finanzminister ermäch- tigt, einen weiteren Betrag von vier Millionen im Wege des Kredits zu beschaffen.

Art. XI. Der Finanzminister wird zum Behufe der Bedeckung der Staatserfordernisse in den Jahren 1865 und 1866 ermächtigt:

- a) zur Ergänzung der von der Sebarung des Finanz- jahres 1864 in Anspruch genommenen Staatsein- nahmen des Jahres 1865 einen Be- trag von 7,000.000 fl.
- b) auf Abschlag der zu bedeckenden Ab- gänge an den Staatseinnahmen in den Finanzperioden 1865 und 1866 gegenüber der verfassungsmäßig fest- zustellenden Erfordernisse einen Be- trag von 10,000.000 „
- c) zur Bestreitung der Zahlungen aus den mit der südnorddeutschen Ver- bindungsbahn, mit der Theiß-Eisen- bahn und mit der Kaiserin-Elisabeth- Westbahn über die Feststellung des Anlage-Kapitals und der Betriebs- rechnungen abgeschlossenen Ueberein- kommen 3,369.700 „

zusammen einen Betrag von 20,369.700 fl. im Wege des Kredits aufzunehmen.

Art. XII. Der Finanzminister hat die zur Aus- führung des gegenwärtigen Gesetzes erforderlichen Ver- fügungen zu treffen, und wird verpflichtet, bei den vorzunehmenden Kreditoperationen auf die den Staats- schatz möglichst wenig belastende Weise vorzugehen.

(Im Verlaufe der Rede des Herrn Finanzmini- sters hat Vize-Präsident Hopfen den Vorsitz über- nommen.)

Abg. Herbst unterstützt die Dringlichkeit, wor- auf der Antrag des Finanzministers fast einstimmig angenommen wird.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Auf der- selben steht die Verhandlung über das Gesetz betref- fend das dem österreichischen Lloyd für die vertrags- mäßige Beforgung des Seepostdienstes zu leistende Entgelt.

Berichterstatter ist Dr. Mühlfeld. Die wes- sentlichsten Bestimmungen des vom Ausschusse vorge- legten Gesetzentwurfes sind folgende: Dem Lloyd werden für gewisse zu vereinbarende Postpatellinien Meilengelder bezahlt, u. z. 4 fl. 20 kr. bei Schnell- fahrt und 2 fl. 50 kr. bei gewöhnlicher Fahrt. Der Gesamtbetrag solcher Meilengelder darf in einem Jahr 2 Millionen Gulden nicht übersteigen. (Eine Minorität des Ausschusses, vertreten durch Abg. Skene

gatta bestiegen Se. Majestät das Kielboot des Schif- fes und näherten sich unter erneutem rauschendem Zu- bel des Publikums spazierenfahrend dem Pester Ufer. Der Allerhöchste Besuch der Margarethen-Insel, wel- cher in dem Programme in Aussicht gestellt war, schloß sich daran. Mittlerweile war trotz der Allerhöchsten Einsprache die festliche Beleuchtung der Straßen in Pest und Ofen aufgeflammt. Tausend feurige Licht- punkte glitzerten in intensivem Reflexe auf den Wellen der Donau, darüber hin goß der Mond seine vollen sanften Strahlen. Ein Dampfer folgte dem andern, um das harrende Publikum nach der Insel zu bringen. Als Se. Majestät der Kaiser die Insel betraten, er- glänzten die ersten Raketen in der stillen Luft, bald darauf wurde das Feuerwerk abgebrannt. Se. Ma- jestät begaben sich hierauf auf den „Kronprinz Ru- dolf“ zurück, gefolgt von einer zahlreichen Menge, de- ren einstimmige Ehrens die rauschenden Klänge der begleitenden Zigeunermusik überlöteten. Im Gefolge Sr. Majestät befand sich unter den Personen der Suite Se. Excellenz der Herr Statthalter, Allerhöchst- ihm zur Seite schritt Graf Széchenyi, der im Namen des Regatta-Comité als Veranstalter des Festes die Hon- neurs machte. Um 11 Uhr ging das erste Passagierschiff von der Insel ab und ich eilte nach Hause um Ihnen diese Eindrücke flüchtig, aber ungezwungen mitzutheilen. Drüben wogt noch die volle Tanzlust, die durch die Abendluft nicht abgekühlt worden. Fröhliche Weisen tönten zu uns herüber und gaben uns noch das Ge- leite fast bis zum Landungsplatze. Ueberall noch hell erleuchtete Fenster, heitere Gruppen auf den Straßen. Die Nacht scheint nichts als einen Uebergang zum morgigen Tage bilden zu sollen. (W. A.)

beantragt, dieses Entgelt solle 1,800.000 fl. nicht übersteigen.) Der Vertrag soll auf den Zeitraum vom 1. Jänner 1865 bis Ende Dezember 1871 ab- geschlossen werden. Die Gesellschaft wird verpflichtet, den von ihr dem Staate schuldigen Vorschuß von 3 Millionen als eine, dem bei der Kreditanstalt ge- machten Anlehen unmittelbar sich anreihende Priori- tätsschuld zu behandeln, diese mit 4 pCt. zu verzin- sen und in der Zeit vom 1. Jänner 1872 bis Ende Dezember 1876 eine Million und den Rest von 2 Millionen in der Zeit vom 1. Jänner 1877 bis Ende Dezember 1879 zurückzuzahlen. Eine die 4 pCt. Zinsen des Aktienkapitals übersteigende Dividende kann erst nach selbstständiger Deckung des dermaligen De- fizits der Gesellschaftsunternehmung von 1,633.382 fl. und auch darnach nur mit Genehmigung der Staats- verwaltung und unter gleichzeitiger Zuteilung eines Theilbetrages an den Reservefond den Aktionären aus- bezahlt werden.

Der Berichterstatter motivirt die Beschlüsse des Ausschusses in einer mehr als anderthalbstündigen Rede vor ziemlich leerem Hause.

Abg. Skene ergreift hierauf das Wort zur Be- gründung des Minoritätsvotums. Die finanzielle Zer- rüttung des Lloyd sei dadurch herbeigeführt worden, daß die Gesellschaft ihre Kapitalanlagen ganz außer Verhältniß zu ihrem Aktienkapital brachte. Dieß allein und nicht der Seepostdienst habe den Lloyd herabge- bracht. Durch die seit 1855 eingetretene Unterstüt- zung von Seite des Staates hätten sich die Verhält- nisse der Gesellschaft wesentlich gebessert. Da es sich darum handelt, ziffermäßig darzustellen, welchen Ein- fluß die Höhe der Subvention auf das Gedeihen der Gesellschaft haben wird, verliest Redner das dem Aus- schußbericht beigebrachte Votum der Minorität, wel- ches bekanntlich darin gipfelt, daß das dem Lloyd zu zahlende Entgelt die Höhe von 1,800.000 fl. nicht übersteigen soll.

Redner sucht noch aus den Jahresrechnungen, welche der Generalversammlung jährlich vorgelegt wer- den, nachzuweisen, daß das Defizit, welches der Lloyd habe, 2 Millionen nicht betrage. Die Ziffern, welche ein solches Defizit nachweisen sollen, seien willkürlich zusammengestellt, und es läge daher im Interesse der Finanzen, die geringere Summe zu bewilligen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien. Se. Majestät hat anzuordnen geruht, daß nebst den zu Laibach und Verona bestehenden zwei Lokal-Truppen-Brigaden noch vier derlei Briga- den und zwar zu Venedig, Lemberg, Pest und Preß- burg zur Aufstellung gelangen. Die Lokal-Truppen- Brigadiere haben ausdrücklich die Bestimmung, die Brigade-Agenden bei stabilen Armee-Anstalten und Behörden zu inspizieren und zu besorgen. Diese Brigadiere haben, nachdem sie nicht zum Ausmarsche bestimmt sind, neben ihren sonstigen reglementmäßigen Gebühren nur auf den Bezug von täglichen drei Fourage-Portionen Anspruch. Auch den Komman- danten kleinerer Festungen, selbst wenn sie nur Ober- stens-Rang haben, sind die Brigade-Agenden über alle in dem unterstehenden Plaze befindlichen stabilen Armee-Anstalten und Behörden zu übertragen.

— Oesterreich ist im gegenwärtigen Augenblicke von einer der furchtbarsten Plagen, welche seit einem Zeitraum von 4 Jahren seinem Nationalwohlstand Wunden geschlagen hat, — von der Kinderpest näm- lich befreit; die Seuche wurde amtlicherseits im Gan- zen mit Ausnahme der Gemeinde Smizan an der Zips für erloschen erklärt.

Aus Triest, 3. Juni, schreibt man der „D.-D. Post“: Der Bericht unserer Abgeordneten über den Suez-Kanal ist nun veröffentlicht worden. Sie ge- stehen, daß noch ungeheuer viel zu thun bleibe, hegen aber die zuversichtliche Ueberzeugung, der Bau des Kanals werde vollendet werden. Für Oesterreich und Triest insbesondere sei derselbe von wesentlichstem Interesse und man müsse deshalb schon jetzt die erforderlichen Vorarbeiten treffen, umso mehr, als sich die Konkurrenz überall rege, besonders in Brindisi. Die Abgeordneten der Genueser Handelskammer suchen dagegen die Meinung zu widerlegen, daß nach Eröff- nung des Kanals Brindisi dazu bestimmt sei, der wahre Mittelpunkt des italienischen Handels zu wer- den. Sie haben natürlich Genua im Auge. Brin- disi kann wohl nur dann für Triest gefährlich wer- den, wenn man bei uns die Hände in den Schooß legt und die Borthilfe verkennt, welche uns die Was- serstraße des adriatischen Meeres bietet, wenn man sie mittelst tüchtiger Waarenschraubendampfer und billiger Tarife auszubenten versteht. Eine große, umfassende Thätigkeit ist die beste Garantie für einen Handels- platz; denn die Appenninen und Alpen sind noch zwei riesige Hindernisse für die Entwicklung Brindisi's. Man zögere nicht, Triest die Eisenbahnverbindungen zu schaffen, nach denen es schmachtet, und es wird der Konkurrenz Brindisi's Trotz bieten können. Man

hemme vor Allem nicht die weitere Entwicklung unserer Dampfschiffahrt.

Pest, 8. Juni. Die heutigen amtlichen Blätter veröffentlichen folgende Allerhöchste Handschreiben:

Lieber Graf Pálffy!

Ich habe mit besonderem Interesse in Pest die landwirthschaftliche Ausstellung besichtigt und freue Mich aufrichtig über das befriedigende Streben, welches aus der Vielfältigkeit derselben hervorleuch- tet, sowie über die Ergebnisse, welche die Ausstel- lung in mehreren Zweigen darbietet. Allen Bethei- ligten, dem Präsidenten des Vereins nebst dem Ko- mité spreche Ich Meine volle Anerkennung aus; Ich erwarte von Ihnen Anträge zur Würdigung solcher Verdienste, welche bei dieser Gelegenheit be- sonders hervorrangen. Um dem Vereine einen Be- weis Meines Wohlwollens zu geben, genehmige Ich, daß jene 2000 fl., welche derselbe 1857 zur Def- tung dringender Auslagen als Vorschuß des Lan- desfonds, gleich jenen 8531 fl., welche der Verein ebenfalls 1857 zur Bestreitung der damaligen Aus- stellung, nebst jenen 2500 fl., welche er zur He- bung der Seidenzucht aus den Resten des Landes- fonds gegen Rückstellung erhalten hat, gänzlich nach- gesehen werden. Sie haben im Wege der Hoffan- zlei die erforderlichen Anträge einzusenden.

Ofen, 7. Juni.

Lieber Graf Pálffy!

Es ist Mein Wille, daß die Verhandlungen über die Errichtung der von Mir bereits geneh- migten landwirthschaftlichen Lehranstalt in Debreczin möglichst beschleunigt werden und die Eröffnung derselben ehestmöglichst stattfinde.

Sie haben daher im Wege Meiner kön. ung. Hofkanzlei unverweilt die erforderlichen Anträge zu stellen.

Ofen, 7. Juni.

— 8. Juni, 11 Uhr (Vormittags). Heute 7 Uhr Morgens erfolgte die Allerhöchste Besichtigung der Eisengießerei des Abraham Ganz, dann der städ- tischen Realschule in Ofen, ferner der Akademie und des Quabaues in Pest. Gegenwärtig empfängt Se. Majestät nachstehende Deputationen: des Ladi- laus- und Stephan-Vereins; der evangelischen Konfession unter Anführung des Grafen Pronay; der reformir- ten Kirche, unter Anführung des Grafen Sebeon Ra- day; des Pester königl. Gymnasiums: der Pest-Ofener evangelischen deutsch-ungarischen Gemeinde; des unga- rischen Nationalmuseums; der Ofener israelitischen Cultusgemeinde; der ungarischen Gewerbebank unter Anführung des Freih. Joseph v. Cötöös; der Pest-Ofener Eisenbahngesellschaft unter Anführung des Vicepräsidenten Ladi- laus v. Korizmic; der Pester serbischen, griechischen, israelitischen Kirchengemeinde; der Vereine der bildenden Künste etc.

Sodann wird Se. Majestät der Kaiser Privat- und allgemeine Audienzen zu erteilen geruhen. Für morgen früh sind zur Allerhöchsten Besichtigung aus- ersehen in Pest: die städtische Realschule, die Univer- sität, das Waisenhaus, das Militärspital und das Blindeninstitut.

Ausland.

Berlin, 7. Juni. Gestern fand auf Schloß Babelsberg die Verlobung der Prinzessin Alexandrine (Tochter des Prinzen Albrecht) mit dem Herzoge Wil- helm von Mecklenburg-Schwerin Statt.

Der Großherzog von Oldenburg ist heute nach Oldenburg zurückgereist; derselbe hatte gestern eine stundenlange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herrn v. Bismarck.

Hamburg, 8. Juni. Die Bürgerschaft hat ge- stern ohne Diskussion den Senatsantrag auf Ratifi- zierung des Vertrages mit Oldenburg wegen Ueber- nahme des Kavalleriekontingentes abgelehnt, nachdem vorher der Vorschlag auf Ueberweisung an einen Prü- fungsausschuß verworfen worden war.

Florenz, 7. Juni. „Nazione“ dementirt die Gerüchte über bevorstehende Veränderungen im Mini- sterium. Dasselbe Blatt enthält Nachrichten bezüglich der Unterhandlungen mit Rom. Der Papst werde die Bischöfe für die vacanten Bischofsitze ernennen; die- selben werden jedoch vom Könige vorgeschlagen. Die Bischöfe werden den König und das Königreich an- erkennen. Der Papst gesteht die Aufhebung einiger Bischofsitze zu. Die Regierung wird das Recht haben, die Rückkehr von Bischöfen zu verhindern, wo sie dies für die öffentliche Sicherheit zweckentsprechend findet. „Nazione“ glaubt, daß diese Engagements bloß aufs Wort eingegangen werden ohne eine schriftliche Kon- vention. Vegezzi ist am 4. in Rom eingetroffen.

Paris, 5. Juni. Als am letzten Freitag Herr Thiers im gesetzgebenden Körper seine Rede über das Budget schloß, sah die Kammer nicht ohne Verwun- derung eine Persönlichkeit auf den berühmten Staats- mann zugehen und ihm mit Wärme die Hand drücken, eine Persönlichkeit, welche nur auf illegitimem Wege in das Innere eines napolconischen Parlaments ge- drungen sein konnte, den General der Juli-Monarchie

und der Republik, den Verhafteten und Exilirten vom 2. Dezember, Herrn Changanier. Der Mann, welchen die Republikaner den französischen Monarchen nannten, und der jetzt in strengster Zurückgezogenheit lebt, hatte sich in seiner Eigenschaft eines „ancien député“ den Eintritt in den für die Senatoren reservierten Raum verschafft. Natürlich wagte Niemand, ihn auszuweisen, aber die Guisiers erhielten doch Befehl, Personen, welche sich künftig als „ehemalige Deputirte“ präsentiren, nicht einzulassen.

London, 7. Juni. Die „London Gazette“ enthält ein Schreiben Earl Russells an die Admiralität, des Inhaltes: Nachdem der amerikanische Krieg thatsächlich beendet sei, müßten die südstaatlichen Kriegsschiffe die britischen Häfen meiden oder sofort verlassen, oder aber innerhalb eines Monats desarmirt werden.

Aus **Athen** wird geschrieben, daß der f. griechische General Blachopoulos mit einem morschen Balcon seines Hauses vier Klaster hoch auf die Straße hinabfiel, sich Arm und Beine brach und des andern Tages eine Leiche war.

New-York, 27. Mai. Der Hochverrathsprozess gegen die Häupter der Rebellion nimmt in Washington seinen Fortgang. Ob die Mitschuld Jefferson Davis' an der Ermordung Lincoln's positiv bewiesen werden wird oder nicht, dürfte sein Schicksal kaum ändern, da er dem Strange schon des Hochverraths wegen verfallen wird. Seine Mitwiffenschaft an dem Raubzuge nach St. Albans, der Brandlegung New-Yorks und vieler anderer Uebeltaten steht außer Zweifel.

General Kirby Smith, der die konföderirten Truppen in Texas befehligt, wurde von einem Major in seiner Armee, Namens Mac Kee, ermordet. Der Grund des Zwistes war eine Baumwoll-Spekulation.

Gegen die sich noch widersezenden konföderirten Truppen in Texas werden die allerschärfsten Maßnahmen angewendet, falls sie sich nicht sofort ergeben; ebenso gegen die Bevölkerung, welche dieselben zum weiteren Widerstande aufmuntert und ihnen beihilft ist.

Man hat bis jetzt schon 8000 Dollars Gold unter Jefferson Davis' Effekten gefunden. Die meisten seiner Kisten sind noch nicht geöffnet. Die Krioline und der Unterrock nebst dem Frauenkleide und Sommerhut, worin Davis gefangen wurde, wird auf der großen Fair in Chicago, die zu Gunsten der verwundeten Soldaten stattfindet, ausgestellt werden.

Staatssekretär Seward hat seine offiziellen Funktionen wieder begonnen.

Der Rebellen-Gouverneur Harris von Tennessee wurde eingefangen. Es wurden 600.000 Dollars, dem Staate angehörend, bei ihm gefunden.

Vance, der Rebellen-Gouverneur von Nord-Carolina, wurde gefangen und nach Fort Monroe gebracht.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 10. Juni.

Se. Gnaden der Herr Fürsibischof Dr. Barth. Widmer hat für die Firmlinge des Regiments Freiherr von Gerstner dem Herrn Obersten die Summe von 100 fl. übergeben.

Wie uns aus verlässlicher Quelle mitgetheilt wird, soll das hier erscheinende Blatt „Triglav“ mit Ende dieses Monats zu erscheinen aufhören.

Der neuerdings hier eingetroffenen Einladung zum Besuch des großen Bundesfängerfestes in Dresden wird auch von Seite des Männerchors der philharmonischen Gesellschaft entsprochen werden, indem mehrere Sänger sich als Deputation nach Dresden begeben und unseren Verein dort vertreten werden.

In der Kirche St. Martin bei Krainburg wurde in der Nacht vom 31. v. M. ein Diebstahl verübt und dabei entwendet: 1 gut erhaltene, dunkelrothe, geklümte Altardecke aus Vorhangspitzen, das große und kleine Altartuch beide mit Spitzen besetzt, und zwar das größere mit Fabrikspitzen, welche das Bild: Maria Verkündigung vorstellen, und die Unterschrift tragen: „Ave Maria gratia plena“, — diese Worte sind aus Versen so angebracht, daß man sie von der rechten zur linken Seite lesen mußte; diese Darstellung wiederholt sich mehrmals in den Spitzen; — 1 Altardecke aus Kambric und das weiße Altartuch mit schmalen Spitzen, 2 weitere Altardecken aus Kambric; endlich 3 slovenische Gesangsbücher mit dem Titel: „sveto pesem Potočnika“. Sachdienliche Erhebungen sind dem f. k. Untersuchungsgerichte in Krainburg mitzutheilen.

Die Görzer Landwirtschafts-Gesellschaft, welche 1765 gegründet wurde, hat beschlossen, ihre Säcularfeier erst künftiges Jahr zu begehen.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen f. k. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen Statt:

Am 14. Juni: 1. Johann Straba — wegen Mord; 2. Johann Fabian — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 3. Maria Devetak — wegen Betrug. Am 16. Juni: 1. Bartelmä Grobler — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 2. Andreas Zusnar — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 3. Mariana Pokorn — wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit.

Wiener Nachrichten.

Wien, 9. Juni.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben dem Mariahilf-Frauenverein zu Temesvar den Betrag von 100 fl. zu spenden geruht.

Der „Kreuzzeitung“ wird berichtet, daß der Fürst von Montenegro die Vorbereitungen zu einer Reise nach Serbien sofort einstellen ließ, als er von einer beinahe dreistündigen Promenade im Kaisergarten mit Sr. Majestät dem Kaiser zurückgekehrt war.

Der Advokatschreiber Joh. Bapt. Locatelli aus Belluno, welcher am 4. Juni 1860 wegen Verbrechens des Hochverraths durch Hülfeleistung zur Verletzung eidlicher Militär-Verpflichtung zu zehnjährigem schweren Kerker verurtheilt wurde, ist durch a. h. Gnade am 3. d. M. aus der Festung Essegg entlassen worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 8. Juni. Se. Majestät der Kaiser haben anlässlich des Allerhöchsten Besuches der Landeshauptstädte 3000 fl. für die Armen in Pest, 1000 fl. den Armen von Ofen, 1000 fl. zum Baue der Leopoldskirche, 1200 fl. zur Stiftung eines Bettes in der Erche, 1200 fl. zur Stiftung eines Bettes im Kinderpitale, 500 fl. dem Vereine für Verbreitung der Kinderbewahranstalten allergnädigst zu bewilligen und den Gesamtbetrag dem Statthalter Grafen Pálffy mit der Weisung, die einzelnen Beträge ihrer Bestimmung zuzuführen, bereits übergeben zu lassen geruht.

Der auf heute Nachmittags angesagte Allerhöchste Besuch der Schießstätte unterblieb, weil Se. Majestät der Kaiser durch die Anstrengungen des heutigen Tages sich zu ermüdet fühlten.

Am 5 Uhr Abends fand Hofdiner Statt.

Wien, 9. Juni. Die Abreise des Kaisers ist auf heute elf Uhr Abends festgesetzt.

Berlin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bringt Abg. Fordenbeck die Duellangelegenheit Bismarck-Virchow zur Sprache. Nehme Virchow die Duellforderung an, so würde er sich einen schweren Vorwurf des Landes zuziehen. Das Duell könne und dürfe nicht stattfinden, und er erwarte, daß der Präsident in dieser Beziehung seine Pflicht thue. Präsident Grabow tritt in jeder Beziehung den Aeußerungen Fordenbecks bei und hofft, der abwesende Abg. Virchow werde in Wahrung seiner Redefreiheit sich den Gesetzen des Hauses unterwerfen.

Kriegsminister v. Roon sagt: Bei Verletzung der Mannesehre könne keine Macht des Landes, auch die höchste nicht erklären, daß Satisfaktion gegeben sei. Die Sache werde durch einen Ausspruch des Präsidenten nicht beigelegt. Wollte Virchow den in Uebereilung ausgesprochenen Ausdruck nicht zurücknehmen, so müßte er das Weitere Herrn v. Bismarck überlassen.

An der lebhaften Debatte theilnahmen sich v. Blakenburg, Twesten, Waldeck, v. Roon, Henning, Stavenhagen, Gneist, Löwe, Schulze. Kirchmann will, daß das Haus darüber abstimmt, ob eine Beleidigung stattgefunden. Van der Heydt und Sanden-Julienfeld warnen vor einem Beschluß, der gefährlich werden könnte. Präsident Grabow erklärt, er nehme seinen Ausspruch nicht zurück, das Weitere bleibe jeder individuellen Auffassung überlassen. Ein Antrag liege nicht vor. Er werde keinen Beschluß extrahiren und erachte die Sache für erledigt. Er hoffe, Virchow werde nur thun, was er als parlamentarischer Mann im Einklange mit dem Geseze und der Verfassung verantworten könne.

Berlin, 8. Juni. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: Der Herzog von Augustenburg werde Anfangs Juli sein Domizil nach Nienstedt bei Altona verlegen. Der Schluß des Landtages wird voraussichtlich Mitte Juni erfolgen. Heute hielten die Kronsyndici ihre erste Sitzung.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ veröffentlicht die Zirkulardepesche des Herrn v. Bismarck vom 31. Mai an die Zollvereinsregierungen, in Betreff der Handelsverhältnisse zu Italien und bezüglich der damit zusammenhängenden Anerkennungsfrage.

Nach Austausch der vorläufigen Ansichten Preußens und Italiens, hat Italien als Form für ein zu treffendes Abkommen, die Form eines Handelsvertrages mit dem Zollverein als die allein annehmbare bezeichnet. Auf den Vorschlag, durch ein zu vereinbarendes Protokoll einen modus vivendi herzustellen,

ist es nicht eingegangen. Italien hielt es mit seiner Würde und Stellung im eigenen Lande unvereinbar, ein Abkommen in anderer Form abzuschließen als jenes mit Frankreich und England. Es weist darauf hin, daß das Parlament ein Abkommen mit Staaten nicht genehmigen würde, welche Italien nicht anerkannt haben, aber Vortheil aus ihm ziehen wollen. Die Bedeutung und Wichtigkeit der Handelsbeziehungen des Zollvereins zu Italien sei unverkennbar; eine sorgfame Erwägung der Sache werde daher für nothwendig gehalten.

Die „Nordb. Allg.“ theilt ferner die österreichische Antwort vom 1. d. M. auf die preussische Depesche mit. Oesterreich geht auf den Vorschlag ein, die nach dem Wahlgesetze von 1854 gewählten Stände von 1860 zusammentreten zu lassen und diesen das Wahlgesetz von 1848 vorzulegen.

Die Depesche gibt einen historischen Ueberblick über die in dieser Angelegenheit zwischen Wien und Berlin geführten Verhandlungen und behält sich weitere Erörterungen vor.

Berlin, 9. Juni. In seiner gestrigen Sitzung lehnte das Abgeordnetenhaus die Kosten der Militär-Reorganisation nach den Ausschußanträgen ab.

Paris, 8. Juni. (Pr.) 3000 Mann gehen am 15. nach Mexiko ab, 5000 im nächsten Monat. Man erwartet einen Ministerwechsel in Madrid.

Paris, 9. Juni. Der „Moniteur“ enthält ein Dekret der Kaiserin, welches die den Journalen in Paris und den Departements erteilten Verwarungen aufhebt. Die zweifache Demission des Prinzen Napoleon ist vom Kaiser angenommen worden.

Konstantinopel, 3. Juni. Der Großmeister der Artillerie Halil Pascha wurde zum Marineminister ernannt.

Athen, 3. Juni. Die Wahlen wurden ruhig zu Ende geführt. Die Ultrarevolutionäre erlitten eine gänzliche Niederlage. Es wurden viele Ottonisten gewählt. Das Ministerium wird eine große Majorität haben. Rumunduros wurde in seiner Vaterstadt einstimmig gewählt. Die Kammer wird am 9. eröffnet, am 10. geht der König nach Corfu und wird von dem österreichischen, englischen und türkischen Gesandten begleitet.

Ergebnis

der Sammlungen für das zu errichtende Kinderspital.

(Veröffentlicht durch das konstituirte prov. Damen-Comité.) (Fortsetzung.)

| | Einmalige Spende. Zahl. | |
|---|-------------------------|---------|
| | fl. kr. | fl. kr. |
| Frau Andas | 3 — | — |
| Frau v. Zabornegg | 2 — | — |
| Frau Chiades | 2 — | — |
| Frau Henriette Schantel | 3 — | — |
| Herr Kaspar Achtschin | 3 — | — |
| Frau Maria Fuch | 5 — | — |
| Herr Weinberger, Priester | 1 — | — |
| Ein Bäcker im Judensteig | — 10 | — |
| Frau Julie Baronin Rechbach | 1 — | — |
| Frau Maria Zetinovich | 5 — | — |
| Frau Adele Zoppitsch | 1 — | — |
| Frau Eberhart | 2 — | — |
| Herr Franz Fink | 5 — | — |
| 2 Unbenannte | 1 20 | — |
| Herr Heinrich Novak | 3 — | — |
| Herr Urbanich | 1 — | — |
| Herr Draschler | 5 — | — |
| Herr Schlebnil | 1 — | — |
| Herr Alois Klebel | 1 — | — |
| Herr Prinz | — 10 | — |
| Herr Agriola | 1 — | — |
| 3 Unbenannte | 3 20 | — |
| Frau Anna Friß | 10 — | — |
| Herr Anton v. Lenard | 10 — | 5 — |
| Frau Franziska Schantel | 20 — | 2 — |
| Herr Stanislaus Schrang, Kaplan in Bresovic | 5 — | — |
| Herr Zeran, Kaplan in der Thurnau | 10 — | — |
| Herr And. Praprotnik, Lehrer an der Hauptschule bei St. Jakob | 1 — | — |
| Herr Valentin Drniz | 1 — | — |
| Herr Franz Paizer | 1 — | — |
| Frau Anna Supanz | 3 — | — |
| Frau Lubmilla Supantschitsch | 5 — | — |
| L. N. | — 50 | — |
| F. N. | — 50 | — |

Summa 116 60 7 —

und 6 Silberthaler.

Summa des letzten Ausweises 2572 41 265 20

Hauptsumme 2689 1 272 20

und 6 Silberthaler.

1 vollständiges Bett, 2 Polster, 1 Matratze und 2 Strohsäcke.

(Fortsetzung folgt.)